

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Klaus Brähmig, Jürgen Klimke, Dr. Hans-Peter Friedrich (Hof), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Annette Faße, Niels Annen, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/5957 –**

Kreuzfahrttourismus und Fährtourismus in Deutschland voranbringen

A. Problem

Mit dem Antrag machen sich die Fraktionen der CDU/CSU und SPD für den Kreuzfahrt- und Fährtourismus in Deutschland stark. Sie geben der Bundesregierung 19 Forderungen mit auf den Weg, um dieses Ziel zu erreichen. Kaum ein anderes Segment der Tourismusbranche sei in jüngster Zeit mit einer solchen Geschwindigkeit gewachsen wie der Kreuzfahrttourismus, heißt es. Im vergangenen Jahr sei in Deutschland ein Umsatz von mehr als 1,36 Mrd. Euro mit Hochseekreuzfahrten erzielt worden. Gegenüber dem Vorjahr bedeute dies eine Steigerung um 11,2 Prozent. Die Zahl der Passagiere habe im vergangenen Jahr über 705 000 erreicht, was ein Plus von 10,3 Prozent im Vergleich zu 2005 bedeute. Bei den Flusskreuzfahrten verlaufe die Entwicklung ähnlich positiv.

Unter anderem wird die Regierung aufgefordert, die Anbindung der Häfen sowohl von der Land- als auch von der Seeseite zu verbessern und mit deutschen Reedereien und Kreuzfahrtveranstaltern darüber zu verhandeln, wie sich der Anteil der Kreuzfahrtschiffe unter deutscher Flagge erhöhen lässt. Die Deutsche Zentrale für Tourismus solle Deutschland noch intensiver als Ziel von Hochsee- und Flusskreuzfahrten vermarkten. Im Übrigen solle die Regierung prüfen, ob auf EU-Ebene im Fährverkehr und bei Kreuzfahrten zwischen europäischen Häfen ein einheitliches und einfaches Verfahren für die Zuordnung der Verbrauchs- und Mehrwertsteuern bei Verkäufen an Bord geschaffen werden kann. Mit der Deutschen Bahn AG sei über eine bessere Anbindung der Kreuzfahrtterminals an das Netz der Bahn zu verhandeln. Die Bahnhöfe in der Nähe dieser Terminals müssen nach Ansicht der Fraktionen für ausländische Touristen attraktiver gestaltet werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/5957 anzunehmen.

Berlin, den 13. Februar 2008

Der Ausschuss für Tourismus

Marlene Mortler
Vorsitzende

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Annette Faße
Berichterstatterin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Jürgen Klimke, Annette Faße, Ernst Burgbacher, Dr. Ilja Seifert und Bettina Herlitzius

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 115. Sitzung am 20. September 2007 den Antrag auf **Drucksache 16/5957** zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Tourismus und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Innenausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 56. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Innenausschuss** hat in seiner 58. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 81. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 75. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat in seiner 54. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat in seiner 53. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/

DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 49. Sitzung am 23. Januar 2008 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 52. Sitzung am 24. Oktober 2007 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag anzunehmen.

III. Beratungsverlauf und Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss für Tourismus

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 16/5957 in seiner 50. Sitzung am 13. Februar 2008 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP beschlossen, die Annahme des Antrags zu empfehlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hob hervor, Kreuzfahrten und Flusskreuzfahrten seien absolute Wachstumsmärkte innerhalb der Tourismusbranche. Durch den Kreuzfahrtboom würden nicht nur Arbeitsplätze bei den Anbietern dieses Tourismussegments, sondern auch im Bereich der Werften, Zulieferer, als auch in der Gastronomie und im Einzelhandel gesichert und geschaffen. Die Küstenstädte Hamburg, Bremerhaven, Cuxhaven, Kiel, Lübeck, Saßnitz und Rostock-Warnemünde hätten bereits erheblich von der Entwicklung profitiert. Wichtig sei die gute Anbindung der Häfen über land- und seeseitige Zufahrten sowie eine bessere Anbindung an das Netz der Deutschen Bahn AG. Schließlich sei ein gezieltes Marketing für die Kreuzfahrt- und Flusskreuzfahrtdestination Deutschland ebenso sinnvoll, wie eine gezielte Tourismuswerbung in den Regionen, die durch Fährlinien mit Deutschland verbunden seien. Im Bereich der Flusskreuzfahrten werde nachdrücklich eine Harmonisierung von arbeitsrechtlichen Voraussetzungen für grenzüberschreitende Flusskreuzfahrten sowie der Zoll- und Visa-bestimmungen gefordert. Wichtig sei auch, dass bei der baulichen Gestaltung von Binnenwasserstraßen auch deren touristische Bedeutung berücksichtigt werde. Erfreulich sei auch, dass der Kreuzfahrttourismus Eingang in den tourismuspolitischen Bericht der Bundesregierung für die 16. Wahlperiode gefunden habe. Schließlich sei wichtig festzustellen, dass zumindest deutsche Schiffe über umweltfreundliche Antriebstechnik verfügten und den an Bord anfallenden Müll umweltverträglich verbrennen oder wieder mit zum Heimathafen zurücknehmen würden. Insofern sei der oft erhobene Vorwurf, dass Kreuzfahrtschiffe die Reise-

ziele als Gelegenheit zur Müllentsorgung missbrauchen würden, zurückzuweisen.

Die **Fraktion der SPD** stellte heraus, von der positiven Entwicklung im Kreuzfahrttourismus profitierten auch die deutsche Werft- und Zulieferindustrie. Der Boom sichere aber nicht nur Arbeitsplätze an der Küste, sondern schaffe auch einen Bedarf an gut ausgebildeten Experten für Kreuzfahrttourismus. Seit einigen Jahren gebe es in Bremerhaven den Bachelor-Studiengang „Cruise Industry Management“. Allerdings gelte es die gesetzlichen Rahmenbedingungen zu verbessern. Insbesondere seien sicherheits-, arbeits- und steuerrechtliche Voraussetzungen sowie Zoll-, Ein- und Ausreisebestimmungen bei Kreuzfahrten und grenzüberschreitenden Flusskreuzfahrten zu vereinfachen und zu harmonisieren. Schließlich gelte es die Bemühungen zur Vermeidung von Schiffsemissionen sowie zur Normung von Stromanschlüssen für die Stromversorgung von Land zu unterstützen. Ganz wichtig sei auch, mit der Deutschen Bahn AG Gespräche aufzunehmen, um eine bessere Anbindung der Kreuzfahrtterminals zu gewährleisten, da sich sonst der ganze Verkehr auf Hamburg konzentriere.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, im vorliegenden Antrag würden wichtige Fakten präsentiert und das Potenzial des Kreuzfahrttourismus sowie des Fährtourismus richtig erkannt. Da er im Forderungsteil aber im Wesentlichen einen Wunschkatalog ohne konkrete Ansätze enthalte, werde sich die Fraktion der FDP enthalten. Zudem würden in dem Antrag Knackpunkte, wie der umstrittene Hamburger Hafenausbau, umschiff.

Die **Fraktion DIE LINKE**. stellte fest, dass bei dieser Art des Reisens das Schiff die Attraktion sei und nicht der Ort, wo man hinfahre. Deshalb würden auch auf dem Schiff fast 100 Prozent der Wertschöpfung erzielt und nicht in den angelaufenen Häfen oder Ankerplätzen. Die Zielgebiete

seien eher schmückendes Beiwerk. Dies gelte sowohl bei der Hochseekreuzfahrt, als auch bei der Flusskreuzfahrt. Insofern sei der Antrag zu sehr auf den wirtschaftlichen Aspekt dieses Tourismussegments ausgerichtet. Selbst auf der Internetseite der Bundeszentrale für politische Bildung würden zum Stichwort Kreuzfahrttourismus in erster Linie kritische Bemerkungen gemacht. Die dort genannten negativen Aspekte blende der Koalitionsantrag allerdings völlig aus. Wegen dieser Unausgewogenheit und der im Antrag nicht thematisierten ökologischen und sozialen Probleme beim Kreuzfahrttourismus werde der Antrag abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, dass der Antrag der Koalition im Wesentlichen auf wirtschaftliche Aspekte des Kreuzfahrttourismus ziele. Es würden sämtliche Probleme, die mit der nationalen und internationalen Schifffahrtstouristik verbunden seien, ausgeblendet und die wesentlichen Kriterien für einen verantwortungsbewussten und zukunftsfähigen Ausbau des Kreuzfahrt- und Fährtourismus verfehlt. Die Kreuzfahrtindustrie nutze die lokalen Infrastrukturen, gebe der lokalen Wirtschaft aber quasi nichts zurück. Kreuzfahrer gäben nur einen Bruchteil ihres Urlaubsgeldes in den bereisten Ländern aus. Gerade Kreuzfahrtschiffe verursachten einen großen Anteil der Abwässer, die im Schiffsverkehr anfielen. Auch der Müll bleibe oft in den Zielgebieten zurück bzw. werde auf hoher See, ohne dass die Emissionsgrenzwerte sichergestellt würden, verbrannt. Zudem würden viele Schiffe oftmals mit billigem Schweröl fahren, was die Umweltbelastungen weiter erhöhe. Der einzige erfreuliche ökologische Zungenschlag des Antrags sei der Appell, die internationalen Bemühungen zur Vermeidung und Reduzierung von Schiffsemissionen in den Häfen zu unterstützen und die Möglichkeit für eine Normung von Landstromanschlüssen für die Schiffsversorgung in Häfen zu prüfen.

Der Antrag werde deshalb abgelehnt.

Berlin, den 13. Februar 2008

Jürgen Klimke
Berichterstatter

Annette Faße
Berichterstatlerin

Ernst Burgbacher
Berichterstatter

Dr. Ilja Seifert
Berichterstatter

Bettina Herlitzius
Berichterstatlerin

